

Nicht über, sondern mit Migranten reden – der Integrationsgipfel in Berlin

„Das ist nur der Auftakt zum Dialog“

Die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer über ihre Erwartungen an das Treffen heute in Berlin

Unter der Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel kommen heute in Berlin Vertreter von Politik, Wirtschaft und Zuwanderern zusammen, um über ein gedeihlicheres Zusammenleben in Deutschland zu diskutieren. Mit dabei ist auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), mit der sich Armin Käfer unterhalten hat.

Frau Böhmer, die Fußball-WM ist als Festival der Völkerverständigung gefeiert worden. Was lässt sich vom multikulturellen Hochgefühl in den Alltag retten?

Der Begriff multikulturell führt in die Irre, er ist diskreditiert. Der multikulturelle Traum ist zerplatzt. Wir haben eine WM erlebt, die von großer Weltoffenheit der Deutschen geprägt war, von Gastfreundschaft und fröhlichem Patriotismus. Ich fand es wunderbar, als eine Afrikanerin, die zu Gast im Bundeskanzleramt war, mir sagte: Ich wünsche mir, dass diese WM ewig dauert. Sie sei noch nie so fröhlich aufgenommen worden. Das ist entscheidend auch für die Integration: Wir Deutsche müssen die Menschen, die in unserem Land leben und arbeiten wollen, willkommen heißen. Zugleich dürfen wir auch die Erwartung haben, dass man Ja sagt zu unserer Kultur, unseren Werten, unserer freitlich-demokratischen Grundordnung.

Viele Türken haben sich als Fans der deutschen Nationalelf bekannt und schwarz-rot-goldene Fahnen geschwungen. Sind die schon deutscher, als man denkt? Wurde ihre Integrationsbereitschaft unterschätzt?

Vielleicht schon. Für mich zeigt dieses Verhalten: Die Türken, die hier leben, identifizieren sich durchaus mit unserem Land. Es zeigt auch: Sport ist ein wichtiger Integrationsfaktor. Daher haben wir zum Integrationsgipfel den Deutschen Fußballbund und den Deutschen Olympischen Sportbund eingeladen.

Sie legen den Schwerpunkt auf Sprachunterricht im Vorschulalter. Reicht es, gut deutsch zu sprechen, um integriert zu sein?

Der Blick nach Frankreich zeigt, dass das Beherrschern der Sprache des Landes, in dem man lebt, nicht ausreicht. Dazu kommt: viele, die in den französischen Vorstädten randalieren haben, weil sie sich benachteiligt fühlen, besitzen sogar den französischen Pass. Die Einbürgerung allein sichert also nicht hinreichend die Integration; ein wirklicher Integrationsprozess muss vorausgehen.

Aber Sie sehen Sprachdefizite als ganz entscheidendes Manko an?

Viele Eltern aus Migrantenfamilien beschreiben die deutsche Sprache nicht gut genug, um sie ihren Kindern zu vermitteln. Daher ist es wichtig, dass der Kindergarten zu einem Ort der frühkindlichen Bildung und Erziehung wird – mit einem Schwerpunkt auf der Sprachförderung. Das nützt übrigens auch deutschen Kindern. Sprache ist das A und O.

Die Pisa-Studie dokumentiert, dass in keinem vergleichbaren Land Migrantenkinder so schlecht gefördert werden wie bei uns. Was kann man dagegen unternehmen?

Die Pisa-Studie hat deutlich gemacht, dass es für den schulischen Erfolg von entscheidender Bedeutung ist, welche Sprache im Elternhaus gesprochen wird. Viele der Migrantenkinder kommen aus bildungsfernen Schichten. Sie besuchen bei uns die Hauptschule, allenfalls die Realschule. Deshalb müssen wir gerade im Bereich der Hauptschulen die Weichen so stellen, dass die Kinder dort bessere Chancen haben. Dazu müssen wir Schulen und Betriebe möglichst frühzeitig vernetzen. Wir müssen die Hauptschule stärken.

Sie hatten angekündigt, die Qualität der Integrationskurse verbessern zu wollen. Was schwebt Ihnen vor?

Diese Kurse sind eines der wichtigsten Instrumente, um Menschen, die neu in unser Land kommen, mit der deutschen Sprache vertraut zu machen. In der Praxis haben wir festgestellt, dass die Sprachkurse teils zu heterogen zusammengesetzt sind: Da gibt es Leute, die beinahe noch Analphabeten sind, und Akade-



Maria Böhmer

Kindergärten müssen zu einem Ort frühkindlicher Bildung und Erziehung werden – mit Schwerpunkt auf der Sprachförderung. Sprache ist das A und O.

miker im selben Kurs. Das sind ungünstige Voraussetzungen. Wir brauchen spezifische Angebote für unterschiedliche Vorkenntnisse, eine stärkere Differenzierung mit Blick auf die Arbeitswelt und spezielle Kurse, die auf Mütter zugeschnitten sind.

Wie verträgt sich dieses Ziel mit der Absicht, Etatmittel für die Kurse zu kürzen?

Gegenwärtig ist es so, dass sich der Etat an der Nachfrage orientiert. Die Teilnehmerzahlen waren in der ersten Zeit nicht so groß wie erwartet. Jetzt geht es darum, dieses Instrument für viele nutzbar zu machen. Deshalb ist klar: wer an diesen Kursen teilnehmen will, der kann das auch. Die finanziellen Mittel werden dafür da sein.

An Großstadtschulen sind Ausländerkinder oft schon in der Mehrzahl. Prognosen sagen: das wird bald normal sein. Verliert Deutschland seine Identität?

Es wird jetzt bei unseren Bemühungen um eine bessere Integration entscheidend darauf ankommen, dass man klar macht, welche Regeln in unserem Land gelten, welche Wertvorstellungen hier Tradition haben. Wer hier

leben will, muss Ja sagen zu unserem Land. Er soll teilhaben können an den Möglichkeiten, die unser Land bietet. Er muss aber auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

Wie verfahren Sie mit Einwanderern, die sich Integrationsangeboten verschließen? Welche Sanktionen halten Sie für nötig?

Zunächst ist mir wichtig zu betonen: Es gibt viele gelungene Beispiele von Integration. Das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Dennoch dürfen wir natürlich nicht die Augen davor verschließen, dass es Einzelne gibt, die Integrationsangeboten ablehnend gegenüberstehen. Tatsächlich ist es so: wenn Arbeit angeboten wird, sich aber herausstellt, dass der Arbeitssuchende sie nicht annehmen kann, weil er nicht gut genug deutsch spricht, dann sollte er verpflichtet werden, an einem Deutschkurs teilzunehmen. Tut er das nicht, gibt es jetzt schon die gesetzliche Möglichkeit, Hartz-IV-Leistungen zu kürzen. Das wird allerdings nicht in ausreichendem Maße praktiziert. Darauf muss in der Praxis stärker geachtet werden.

Sie halten neue Sanktionsmöglichkeiten demnach für überflüssig?

Man muss zunächst die vorhandenen Instrumente einsetzen. Wenn aber absehbar ist, dass sie nicht ausreichen, muss man überlegen, wie man sie ausbauen kann.

Woran denken Sie konkret?

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel anführen: Wir sind immer wieder damit konfrontiert, dass Eltern ihre Töchter vom Sportunterricht abmelden oder sie nicht zu Klassenfahrten mitfahren lassen. Das kann nicht sein. Wir brauchen dafür klare Regeln in den Schulordnungen. Schulverträge mit den Eltern sind notwendig. Und es muss ein klares Verbot geben, Kinder der Schule zu entziehen.

Zum Gipfel in Berlin haben Sie sehr selektiv eingeladen. Warum wurden manche Ausländergruppen nicht berücksichtigt?

Wir hätten einen viel größeren Saal füllen können. Viele wollen dabei sein. Das große Interesse sehe ich als sehr positiv an. Das ist ein gutes Zeichen des Aufbruchs. Es gibt aber nicht nur den Integrationsgipfel. Wir werden ein Forum für Integration einrichten. Da können viele mitmachen. Der Innenminister wird im Herbst zu einer Islamkonferenz einladen. Damit bekommen die islamischen Verbände eine eigene Plattform.

Viele sehen in dem Gipfel eine reine Showveranstaltung. Was wollen Sie erreichen?

Erstmals in der Geschichte der Republik lädt die Kanzlerin Migranten zum Gespräch ein. Wir reden nicht über sie, sondern mit ihnen. Wir wollen gemeinsam eine nachhaltige Integrationspolitik gestalten. Der Gipfel ist dafür als Auftakt zu verstehen. Ziel ist ein friedvolles Zusammenleben aller Menschen in unserem Land auf der Basis klarer Regeln.



Maria Böhmer hält die Einbürgerung nicht für ausreichend; diese müsse am Ende eines Integrationsprozesses stehen. Foto iponphoto.com

Kompetent, aber nicht eingeladen

Migranten mit Mandat

Viele werden nicht dabei sein in Berlin. Auch vom Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger ist niemand beim Gipfel vertreten. Ergun Can, SPD-Stadtrat in Stuttgart, kritisiert diese Entscheidung.

Von Sibylle Thelen

Keiner weiß, wie viele Mandatsträger in den Stadträten und Landtagen einen so genannten Migrationshintergrund haben. Einige, das lässt sich an den Namen erkennen, sitzen im Bundestag, ein paar im Europaparlament; der bekannteste dürfte zugleich der dienstälteste sein: der Grüne Cem Özdemir, dessen Eltern einst wegen der Arbeit nach Deutschland kamen. Er wurde 1994 in den Bundestag gewählt. Nach der Hunzinger-Geschichte und der Debatte um Bonusmeilen zog er sich 2002 aus der Bundespolitik zurück. Seit 2004 ist Özdemir Abgeordneter in Straßburg.

Es gibt sie also, die deutschen Mandatsträger, die zumindest ausschnittsweise die Geschichte der Einwanderung nach Deutschland selbst erlebt haben. Sie können ihre Einblicke und Kenntnisse direkt in die Politik einbringen. Nur gefragt werden sind sie jetzt nicht. Vom neu gegründeten Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger ist beim Integrationsgipfel keiner dabei. Ergun Can, seit 2004 für die SPD im Stuttgarter Gemeinderat und nun zudem im Netzwerk aktiv, bedauert das: „Nimmt die Politik die Experten vor der eigenen Nase gar nicht wahr?“ Cans Stadt ist – nebenbei bemerkt – durch Oberbürgermeister Schuster beim Gipfel vertreten.

Ein bis jetzt einzigartiges Netzwerk

Auch Ayse Jerfi Hein ist enttäuscht. Die Politikerin gehört dem Hamburger CDU-Landesvorstand an. Sie ist keine Abgeordnete und deshalb nur passives Mitglied des Netzwerks. „Man spricht in der Integrationspolitik von Chancen“, sagt sie, „aber das Netzwerk bekommt nicht die Chance, seine Kompetenz einzubringen.“ Beide Politiker halten es für einen schwachen Trost, dass man im Herbst an den weiteren Gesprächen in Berlin beteiligt werden soll.

Das Netzwerk ist ein bis jetzt einzigartiger Zusammenschluss in Deutschland. Ihm gehören jene türkeistämmigen Mandatsträger an, die derzeit in den Gemeinderäten von Städten über 100 000 Einwohnern, in den Landtagen, im Bundestag und im Europaparlament sitzen. 55 Politiker sind es laut Can insgesamt. Hinzu kommen noch einige passive Mitglieder wie Hein. 37 Prozent der Netzwerkler sind bei der SPD, 33 Prozent bei den Grünen, 17 Prozent bei der Union. Einige machen Politik für die FDP und für die PDS. Das Netzwerk existiert seit dem vergangenen Mai. Seine Mitglieder hat die Bonner Stiftung Mitarbeit im Auftrag der Hamburger Körber-Stiftung ausfindig gemacht und zusammengebracht. Die Männer und Frauen wussten zum Großteil nichts voneinander.

Die neu formierte Gruppe hat bereits ein Positionspapier zur Integrationspolitik erarbeitet – parteiübergreifend, was Mark Herbeck von der Stiftung Mitarbeit durchaus bemerkenswert findet: „Die Migrationserfahrung ist ein verbindendes Element über die Parteigrenzen hinweg.“ Der Stiftungsmitarbeiter registriert bei den türkeistämmigen Mandatsträgern eine „gesunde Kritik“ an den migrationspolitischen Ansätzen ihrer jeweiligen eigenen Partei. Keine, in der es so gar keinen Nachholbedarf gäbe.

Es geht voran, wenn auch langsam

Entsprechend grundsätzlich ist das Positionspapier abgefasst, etwa zu dem Schwerpunktthema Bildung und Ausbildung: Hier wird eine grundlegende Reform des Systems verlangt. Denn dieses sei nicht in der Lage, mit „sozialer und kultureller Heterogenität umzugehen“. Nötig sei eine bessere Förderung der Migrantenkinder, in der deutschen Sprache und in der Herkunftssprache.

Das Netzwerk setzt sich dafür ein, dass sich die Parteien den Migranten stärker öffnen. Es will ganz generell mehr gesellschaftliche Teilhabe erreichen. Wie mühsam das ist, lässt sich auch an der Mitgliederverteilung des Netzwerks erkennen: Die meisten, nämlich 76 Prozent, sitzen in Kommunalparlamenten, nach oben wird die Luft dünner. Insgesamt sind weniger Frauen als Männer vertreten. „Es geht voran“, sagt Ayse Jerfi Hein über die Beteiligung der eingebürgerten Zuwanderer, „aber nicht in Riesenschritten.“ Sie beobachtet bei Landsleuten ein zunehmendes Interesse an ihrer Partei. Viele seien konservativ eingestellt, doch das habe die CDU noch nicht erkannt.

In Sachen Teilhabe hat das Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger also noch einige Arbeit vor sich. Seine Mitglieder machen in der Politik ganz ähnliche Erfahrungen, wie sie Frauen quer durch alle Parteien gemacht haben, und mitunter noch immer machen: Man will sich nicht immerzu nur auf sein Lebensthema reduzieren lassen, muss aber auch erkennen, dass nichts anderes übrig bleibt, als selbst die Stimme zu erheben. „Man muss immer diskussionsbereit sein“, bilanziert die Hamburgerin Hein. „Man darf nicht so schnell eingeschleppt sein.“ Mit dieser Haltung begegnet sie auch so mancher Äußerung aus der deutschen Politik, insbesondere aus der Union, die andere Bürger mit Migrationshintergrund verpöbelt.

Mehr zum Netzwerk der türkeistämmigen Mandatsträger: www.mitarbeit.de

Viele richten sich noch nicht auf Dauer ein

Vier von 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund haben keinen festen Aufenthaltsstatus

Auch wenn die Politik immer wieder diesen Anschein erweckt: Den klassischen Integrationsfall gibt es nicht, denn Ausländer und Eingebürgerte lassen sich nicht über einen Kamm scheren. Zu groß sind die Unterschiede beim so genannten Migrationshintergrund.

Von Christopher Ziedler

In Deutschland leben rund 6,7 Millionen Ausländer, was einem Anteil von 8,1 Prozent entspricht. Wer jedoch den gesamten Integrationsbedarf erfassen will, muss die Zahl von Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund betrachten. Daher hat das Statistische Bundesamt vergangenes Jahr eben jenes Kriterium in seinen Mikrozensus aufgenommen. Demnach leben in der Bundesrepublik etwa acht Millionen Deutsche, die entweder selbst als Ausländer eingereist und später eingebürgert worden sind, oder deren Vater und/oder Mutter ursprünglich aus einem anderen Land kommen. Potenziell bedürfen somit knapp 15 Millionen Menschen der Integration – ein Anteil von fast 19 Prozent.

Natürlich ist der Grad an Integration, den diese Menschen bisher erreicht haben oder erreichen konnten, höchst unterschiedlich.

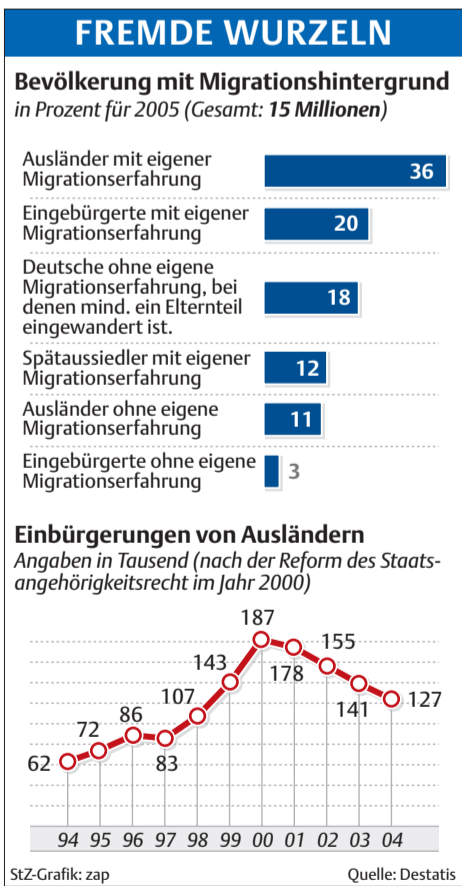
So rechnet das zuständige Nürnberger Bundesamt etwa die 202 000 nur geduldete Flüchtlinge, die auf Grund von Abschiebehindernissen teils seit Jahren hier leben, gar nicht zur Zielgruppe. Sie kommen nicht in den Genuss integrationsfördernder Maßnahmen, obwohl gerade sie oft große Anstrengungen in diese Richtung unternehmen.

Ob es Integrationsprobleme gibt, hängt auch davon ab, ob jemand hier aufgewachsen oder eben zugewandert ist. Die Statistiker nennen dies Migrationserfahrung, über die insgesamt 68 Prozent der 15 Millionen verfügen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass immerhin 32 Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund von Kindesbeinen an mit der deutschen Kultur und Sprache zumindest in Berührung gekommen sind – ein entscheidender Integrationsvorteil, unabhängig davon, wie stark die Eltern dies gefördert haben.

Die Einbürgerung ist sicher ein starkes Zeichen gelungener Integration, auch wenn in der jüngsten politischen Debatte Einbürgerungstest gefordert und teils eingeführt wurden, um die Stärke des Bekenntnisses zum Land noch zu erhöhen. Diesen Schritt haben nach der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 bis einschließlich 2004 insgesamt 786 000 Menschen vollzogen.

Ein weiterer Indikator für die mögliche Identifikation mit dem Land, in dem man lebt, ist der Aufenthaltsstatus. Ende 2004 – die Daten des vergangenen Jahres liegen noch nicht vor – verfügten von den 6,7 Millionen Ausländern nur 2,7 Millionen über eine Aufenthaltsberechtigung oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, die im Zuge des neuen Zuwanderungsgesetzes in der unbefristeten Niederlassungserlaubnis zusammengefasst worden sind. Die übrigen vier Millionen besitzen demnach lediglich befristete oder im Fall der Duldung gar keine Titel und haben sich demnach auch noch nicht unbedingt auf Dauer in Deutschland eingerichtet.

Dies gilt nicht nur für potenziell leichter zu integrierende Menschen wie Studenten, Arbeitnehmer aus den alten EU-Staaten oder ausländische Mitarbeiter deutscher Firmen, sondern nicht zuletzt auch für die darin enthaltene eine Million Flüchtlinge, die sich aus verschiedenen Gründen hier aufhalten. Was etwa die früheren Bürgerkriegsflüchtlinge vom Balkan oder aktuell aus Afghanistan oder dem Irak betrifft, hat die Politik nie ein Hehl daraus gemacht, dass sie nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer ermuntert oder gezwungen werden sollen, Deutschland zu verlassen. Auch das muss bedenken, wer von ihnen Integration verlangt.



IMPRESSUM

STUTTGARTER ZEITUNG

Stuttgarter Zeitung
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart

Redaktion:
Chefredakteur: Peter Christ
Stellvertretende Chefredakteure:
Horst Walter, Dr. Joachim Worthmann
Chefs v. Dienst: Heinz W. Ruess, Michael Maurer
Redaktionelle Koordination: Christian Gottschalk, Christoph Link, Nadia Linkenheil, Matthias Schmidt
Ressortleiter:
Innenpolitik/Politische Nachrichten: Dr. Joachim Worthmann; Außenpolitik: Adrian Zielcke; Dritte Seite: Heinz Beekmans; Südwestdeutsche Zeitung: Thomas Breining; Wirtschaft: Michael Heller; Stadt und Region Stuttgart: Horst Walter, Achim Wörner;

Kultur: Tim Schleider; Sport: Peter Stolterfoht; Wissenschaft: Dr. Wolfgang Borgmann
Berliner Redaktion: Armin Käfer

Leitende Redakteure:
Thomas Borgmann (Kommunalpolitik), Thomas Durchdenwald (Region), Josef-Otto Freudenreich (Chefredakteur), Holger Gayer (Region), Dr. Stefan Geiger (Politischer Korrespondent), Reiner Ruf (Landespolitik), Dirk Steiner (Art Director), Sibylle Thelen (Wochenendbeilage)

Anzeigen und Sonderthemen:
Stuttgarter Zeitung
Werbevermarktung GmbH & Co. KG
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Anzeigenleitung: Armin Gross, Anita Benesch (stv.)
Redaktion Sonderthemen: Heinz Heinemann
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 v. 1. 1. 2006.

Druck:
Pressehaus Stuttgart Druck GmbH
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart

Wir verwenden Recycling-Papier und sind nach DIN EN ISO 14001 zertifiziert.

Vertrieb:
ZVS Zeitungsvertrieb Stuttgart GmbH
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 55 62, 70048 Stuttgart

Monatlicher Bezugspreis frei Haus durch Zusteller oder bei Postzustellung € 22,90 (einschließlich 7 % MwSt.). Portokosten für Reisenachsendungen täglich: Inland € 0,70, Ausland € 1,55. Abbestellungen sind bis zum 5. eines Monats auf Monatsende schriftlich an den Vertrieb zu richten. Bei einer zusammenhängenden Bezugsunterbrechung von drei Wochen wird der anteilige Bezugspreis zurückerstattet. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Entschädigung.
Jeder Freitagausgabe – bei Feiertagen abweichend – liegt das Fernsehmagazin „rtv“ bei. Sonntags wird Abonnenten im Hauptverbreitungsgebiet die 7. Ausgabe „Sonntag Aktuell“ zugestellt. Bei Postbezugsnehmern liegt „Sonntag Aktuell“ der Montagsausgabe bei.

Telefon:
Zentrale und Redaktion07 11 / 72 05 - 0
Anzeigen0 18 03 / 07 07 07
Leserservice0 18 01 / 66 55 66
Reisenachsendung0 18 01 / 66 55 66
Probe-Abonnement0 80 00 / 14 14 14

Fax:
Redaktion07 11 / 72 05 - 12 34
Anzeigen0 18 03 / 08 08 08
Leserservice07 11 / 72 05 - 86 65

E-Mail:
Redaktionredaktion@stz.zgs.de
Anzeigenanzeigen@stz.zgs.de
Leserservicevertrieb@stz.zgs.de

Online:
www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digitalabo
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen
Die Stuttgarter Zeitung ist amtliches Publikationsorgan der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse.